

# NIEDERSCHRIFT Schul/006/2010

über die Sitzung **des Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am  
16.09.2010 im **Kultursaal der Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Maggie Rawe

Ausschussmitglieder:

Herr Günther Fehmer

Vertretung für Herrn  
Bernhard Kortmann

Herr Ludger Kleideiter

Herr Bernd Kösters

Herr Hans-Jürgen Dittrich

Herr Ulrich Schlieker

Herr Hubert Maas

Vertretung für Herrn  
Dr. Rainer Hertel

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Bernd Heuermann

Frau Ursula Kratz

Herr Reinhard Bernshausen

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Herr Dirk Eikmeyer

nur ö. S.

Frau Barbara van der Wielen

nur ö. S.

Herr Herbert Wittkamp

nur ö. S.

Vortragende Gäste:

Herr Ludger Althoff

Herr Prof. Dr. Bernd Zymek

Entschuldigt fehlt:

Herr Propst Hans-Bernd Ser-  
ries

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Hubertus Messing

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:50 Uhr

Frau Rawe stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung**

#### **1. Vorberatung über den Schulentwicklungsplan 2010 - 2015**

Den Ausschussmitgliedern wird der Entwurf des überarbeiteten Schulentwicklungsplanes 2010 – 2015 ausgehändigt (Anlage 1).

Frau Dirks weist darauf hin, dass die heutige eingeschobene Sitzung im Wesentlichen der Information diene und die maßgeblichen Beschlüsse in der Sitzung am 30. September 2010 gefasst werden sollen.

Weiter berichtet sie, dass dem Ministerium in Düsseldorf die Konzeption „Eine Schule für alle“ vorgestellt wurde. Die Pläne seien grundsätzlich begrüßt worden. Eine der Voraussetzungen für den Antrag auf einen Schulversuch gemäß § 25 Schulgesetz sei eine anlassbezogene Schulentwicklungsplanung. Es müsse nachgewiesen werden, dass für die Errichtung einer Gemeinschaftsschule, hierbei handle es sich um den vom Ministerium verwandten Begriff, 3 Klassen à 23 Kinder = 69 in einem Zeitraum von 5 Jahren in Billerbeck nachgewiesen werden können.

Herr Messing stellt dann mittels einer Power-Point-Präsentation den Entwurf des Schulentwicklungsplanes vor.

Er stellt heraus, dass aufgrund der ermittelten Übergangsquoten zur Hauptschule von 19% und zur Realschule von 35% und der Annahme, dass sich zusätzliche 4% der potentiellen Gymnasiasten und 6% der potentiellen Gesamtschüler für die neue Schulform anmelden, die erforderliche Schülerzahl von 69 aus dem eigenen Schülerpotential erreicht werde, die „Schule für alle“ also nicht auf auswärtige Pendler angewiesen sei.

Frau Dirks berichtet, dass den Vertretern der umliegenden Gemeinden in einem Termin bei der Bezirksregierung die Billerbecker Pläne vorgestellt wurden. Dabei habe die Bezirksregierung die Meinung des Ministeriums, dass der regionale Konsens dann nicht gefährdet sei, wenn durch die Errichtung der „Schule für alle“ keine Schulform in den Nachbargemeinden gefährdet wird, revidiert. Jetzt werde aufgrund eines Urteils die Gemeinde Waldfeucht betreffend, der Standpunkt vertreten, dass keine Schule gefährdet werden dürfe. Dies sei jedoch ohne Belang, da nach jetzigen Erkenntnissen keine umliegende Schule gefährdet werde.

Den Gesprächen habe sie entnommen, dass die neue Schule schon Bedenken bei den anderen Schulträgern auslöse, da sie als attraktiv angesehen wurde. Die Bezirksregierung habe angeregt, die Zügigkeit der Schule zu begrenzen, damit deutlich werde, dass „Eine Schule für alle“ insbesondere für Billerbecker Schüler errichtet werde und man nicht darauf aus sei, auswärtige Schüler abzuwerben. Sie rate von einer Festschreibung oder Selbstverpflichtung ab, weil es hierfür keinen Grund ge-

be, da das Projekt keine auswärtige Schule gefährde.

In der anschließenden Erörterung sprechen sich Frau Kratz und Herr Ditt-  
rich ebenfalls gegen eine Begrenzung der Zügigkeit aus.

Herr Prof. Zymek weist darauf hin, dass es bei einer festgeschriebenen 3-  
Zügigkeit sein könne, dass Schüler/innen aus dem eigenen Ort abgewie-  
sen werden müssten. Deshalb sollte man sich hierauf nicht einlassen.

Herr Schlieker möchte die Zügigkeit ebenfalls nicht begrenzen. Wenn es  
irgendwann zu höheren Anmeldezahlen kommen sollte, würden ohnehin  
die Räumlichkeiten den Eingrenzungsfaktor darstellen.

Herr Maas meint ebenfalls, dass mit einer Begrenzung der Zügigkeit ein  
falsches Signal gesetzt würde. Weiter möchte er wissen, wie sich die Be-  
zirksregierung zu der Annahme geäußert habe, dass die erforderlichen  
Anmeldezahlen erreicht werden.

Frau Dirks führt aus, dass vorsichtig gerechnet worden sei und sie davon  
ausgehe, dass die Annahmen richtig seien. Außerdem müsse neben der  
Überarbeitung des Schulentwicklungsplanes auch eine Elternbefragung  
durchgeführt werden. Diese werde in der nächsten Woche erfolgen.  
Dann müssten sich mindestens 69 Eltern von Viertklässlern für die neue  
Schulform aussprechen. Wenn die Rücklaufquote unter 100% liege,  
könnten die Zahlen hochgerechnet werden und es würden noch die  
Pendlerbeziehungen eingerechnet werden. Falls dann der Rat beschlie-  
ße, den Antrag auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule zu stellen und  
dem Antrag zugestimmt werde, dann folge immer noch das offizielle An-  
meldeverfahren, spätestens dann müssten mindestens 69 Anmeldungen  
vorliegen.

Zur Begründung der Annahme, dass 4% potentieller Gymnasiasten die  
neue Schule besuchen werden, führt Herr Messing aus, dass es sich bei  
den 4% um 5 – 6 Schüler handle, die sich auf 3 Coesfelder Gymnasien  
verteilten. Durch die fehlenden Anmeldungen würde sicherlich kein Gym-  
nasium gefährdet.

Die Annahme, dass 6% der bisherigen Anmeldungen für die Gesamt-  
schule sich für die „Schule für alle“ aussprechen, sei ebenfalls berechtigt,  
da bekanntlich die Gesamtschule in Havixbeck und die Friedensschule in  
Münster immer noch Schüler und Schülerinnen ablehnen müsse. Also  
sei auch hier keine Grund für eine Bestandsgefährdung gegeben. Da die  
Schulbusverbindung nach Nottuln nicht unbedingt optimal sei, bestehe  
auch hier keine Gefahr, dass sich Schülerströme ergeben, die den Be-  
stand Nottulner Schulen gefährden. Pendlerbeziehungen zu Rosendahl-  
Darfeld bestünden bereits heute und es sei nicht abzusehen, dass aus  
den anderen Ortsteilen Rosendahls (Osterwick, Holtwick) zusätzliches  
Potential abgeschöpft werde.

Abschließend werden verwaltungsseitig Verständnisfragen der Aus-  
schussmitglieder beantwortet.

## 2. **Antrag auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule als Schulversuch gemäß § 25 Schulgesetz**

Frau Dirks berichtet, dass der aus verschiedenen Bestandteilen bestehende Antrag zurzeit erarbeitet werde. Ein Bestandteil des Antrages sei das pädagogische Programm, das über das hinausgehe, was bisher hier vorgestellt wurde. Unmittelbar vor dieser Schulausschusssitzung sei dieses Programm der pädagogischen Arbeitsgruppe vorgestellt und mit großem Lob aufgenommen worden. Ausdrücklich weise sie darauf hin, dass nicht der Rat darüber befände, wie sich die neue Schule entwickle, sondern dass sich die neue Schule im Rahmen ihres Schulprogrammes entwickeln müsse.

Frau van der Wielen stellt dann mittels einer Power-Point-Präsentation das Eckpunktepapier einschl. Studentafel detailliert vor (Anlage 2) und beantwortet anschließend Fragen der Ausschusssmitglieder hierzu. Dabei unterstreicht sie aufgrund verschiedener Nachfragen, dass der gesamte Unterricht heute mit anderen Methoden als früher durchgeführt werde.

Sie sei sich immer sicherer, dass das Konzept das richtige für Billerbeck und für alle Schüler sei, so Frau Kratz.

Herr Fehmer äußert die Sorge, dass es schwierig werden könnte, die Eltern von dem pädagogischen Konzept zu überzeugen. Deshalb müsse Überzeugungsarbeit geleistet werden, um die Eltern für die neue Schulform zu begeistern.

Frau Dirks pflichtet Herrn Fehmer bei, dass alle gemeinsam für die neue Schule werben müssten. Am Montag finde deshalb eine Podiumsdiskussion statt. Dann werde auch ein Flyer verteilt.

Herr Prof. Zymek macht deutlich, dass das vorliegende Konzept allen Kriterien entspreche, die vom Ministerium gefordert werden. Er habe großen Respekt vor dem, was unter großem Zeitdruck und mit erheblichem Aufwand entstanden sei. Es handele sich um ein originelles Konzept, das sogar besser sei als das in Ascheberg und das sicherlich als Billerbecker Modell einer neuen differenzierten Schule Furore machen werde.

Auf Nachfrage von Herrn Schlieker erläutert Herr Prof. Zymek, wie die wissenschaftliche Begleitung des Schulversuchs erfolgen soll.

Herr Bernshausen erklärt, dass ihn das Konzept überzeugt habe, es allerdings schwer sein könnte, die Eltern hiervon zu überzeugen. Auf jeden Fall müsse es intensiv in die Elternschaft kommuniziert werden.

Herr Kleideiter macht deutlich, dass er zunächst skeptisch gewesen sei. Aber wenn das, was er heute gehört habe, in die Praxis umgesetzt werde, sei das hervorragend.

Herr Dittrich äußert sich ebenfalls anerkennend, äußert aber auch die

Sorge, dass es nicht einfach sein werde, das anspruchsvolle Konzept den Eltern nahe zu bringen. Damit auch die Ratsmitglieder für das Konzept eintreten können, müsse die Verwaltung ihnen alle notwendigen Unterlagen, wie das Protokoll über das Gespräch beim Ministerium und die Protokolle über die Gespräche mit Kooperationspartnern zur Verfügung stellen.

Frau Dirks entgegnet, dass sie bereits am Nachmittag nach dem Gespräch beim Ministerium die Fraktionsvorsitzenden in einer E-Mail detailliert über den Ablauf des Gespräches informiert habe. Eine Zusammenfassung der Gespräche mit den Kooperationspartnern werde sie zu gegebener Zeit zur Verfügung stellen.

Herr Maas meint, dass die Eltern noch zu wenig informiert seien und das Zeitfenster sehr eng sei.

Frau Rawe weist darauf hin, dass Lehrer und Lehrerinnen an der Grundschule auch heute schon unterschiedliche Hausaufgaben aufgeben und unterschiedliche Klassenarbeiten schreiben lassen. Den Eltern seien neue Unterrichtsmethoden also nicht vollkommen fremd. Außerdem habe sich herausgestellt, dass man Schule neu denken müsse und nicht mehr in den Kategorien, die man aus der eigenen Schulzeit kenne.

Maggie Rawe  
Ausschussvorsitzende

Birgit Freickmann  
Schriftführerin